

Öffnet die Schweiz ihre Archive?

Autor(en): **Brügel, J.W.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **49 (1970)**

Heft 11

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-338279>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Volkswille» beruht allein in der Summe von individuellen Entscheidungen, die ihn als solchen anerkennen.

Die Erfahrung zeigt nun, dass die Demokratie auf schwachen Füßen steht, wenn sie nur auf der Bejahung ihrer Entscheidungsmechanismen beruht.

Funktionieren, nicht erklären!

Ist nun das obligatorische Referendum demokratischer als das fakultative? Ist die Amtszeitbeschränkung eine undemokratische Massnahme? Auf solche Fragen eine Antwort zu geben, muss uns nach obigen Überlegungen schwerfallen. Je länger man den Begriff «Demokratie» betrachtet, desto komplexer erscheint er einem. Doch zum Glück muss die Demokratie nicht erklärt werden, sondern funktionieren! Dass das letztere ohne das erste möglich ist, muss jeden politisch Denkenden faszinieren!

Dr. J. W. Brügel

Öffnet die Schweiz ihre Archive?

Der Bonjour-Bericht

Durch die Tatsache, dass die Archive des Dritten Reiches entweder veröffentlicht worden sind oder doch der Forschung zugänglich gemacht wurden, ist eine riesige Fülle von Tatsachen über die Politik auch ausserdeutscher Länder vor dem Krieg und im Zweiten Weltkrieg bekannt geworden. Freilich handelt es sich in den deutschen Dokumenten um einseitige und propagandistisch aufgemachte Darstellungen, die man nicht zu ihrem Nennwert nehmen kann und die vielfach danach schreien, dass ihnen die Darstellung des anderen Staates entgegengehalten werde, um den es geht. Eigentlich haben aber nur die Vereinigten Staaten – und das in bewundernswerter, das eigene Prestige in keiner Weise schonender Objektivität – ihre Archivbestände freigegeben. Die vielbändige Publikation «*Foreign Relations of the United States*» reicht jetzt bis ins Jahr 1946 und gibt einen unschätzbaren Einblick in die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu anderen Ländern. *Grossbritannien* hat auch vieles aus den eigenen Beständen veröffentlicht, was ein sehr zweifelhaftes Licht auf die britische Aussenpolitik wirft, aber die Veröffentlichungen schliessen mit dem Kriegsausbruch ab. *Frankreich* hinkt da noch nach: es gibt sehr interessante französische Dokumentenpublikationen für die Jahre 1932/33 und dann 1936/37, aber nichts dazwischen und nur einige wenige Dokumente, die sich auf die Zeit bis zum Kriegsausbruch beziehen. *Italien* ist

da nicht weit besser vorgegangen und hat bisher nur Dokumente über die italienische Aussenpolitik in den Jahren 1939 und 1940 bis zum Kriegseintritt Italiens veröffentlicht. Sie sind allerdings ziemlich aufschlussreich. Die *Sowjetunion* hat natürlich nichts publiziert, was ihre Aussenpolitik und insbesondere ihre Politik des Nichtangriffs und des Freundschaftspaktes mit dem Dritten Reich in einem weniger günstigen Licht erscheinen lassen könnte, als es den Machthabern in Moskau lieb ist.

Der Auftrag an Bonjour

Auf Grund der Veröffentlichungen derartiger Dokumente, die die Schweiz betreffen, hat man sich in Bern doch gezwungen gesehen, über den am meisten kritisierten Gesichtspunkt der schweizerischen Haltung, in der *Flüchtlingspolitik*, etwas freizugeben und Professor *Ludwig* die Abfassung seines umfassenden Berichtes darüber auf Grund von internen Akten zu gestatten. Aber eine Veröffentlichung schweizerischer diplomatischer Dokumente als Antwort auf die in den Veröffentlichungen deutscher Dokumente enthaltene Darstellung gibt es bisher nicht. Im Bundesrat hat man sich schliesslich entschlossen, als Ausweg den Historiker der Universität Basel, Professor *Edgar Bonjour*, damit zu betrauen, die Geschichte der schweizerischen Neutralität im Zweiten Weltkrieg unter Benützung des Aktenmaterials des Bundeshauses zu schreiben. Er hat auch die deutschen Archive in Bonn notiert. Die Schweiz hat also bis zu einem gewissen Grad doch ihre Archive geöffnet, aber wir werden zu zeigen haben, dass – womit das Verdienst von Professor Bonjour in keiner Weise geschmälert werden soll – dies zum gewünschten Vergleich nicht zureicht.

Professor Bonjour hat seine Arbeit in seine grosse Geschichte der schweizerischen Neutralität eingegliedert. Die drei den Kriegsjahren gewidmeten Bände bilden die Bände IV bis VI seines Geschichtswerkes. Wir wollen uns heute mit dem ersten dieser drei Bände beschäftigen*. Er sagt in seiner Einleitung mit Recht, dass es in der Geschichte keine völlige Objektivität geben kann. Das gilt natürlich vor allem von einer so umstrittenen Geschichtsperiode, deren Akteure zum Teil noch leben. Aber man kann Professor Bonjour das Zeugnis ausstellen, dass er das Höchstmass an überhaupt erreichbarer Objektivität gefunden hat und in seinen Büchern eine abgewogene, das Pro und Kontra mit der grössten Gewissenhaftigkeit wertende Darstellung verfolgt, die dazu noch den Vorzug hat, dass sie ausgezeichnet und leicht lesbar geschrieben ist und so auch Lesern zugänglich wird, die normalerweise nicht nach einem geschichtlichen Werk greifen würden. Bonjour hat auch recht, wenn er in seinem Vorwort sagt,

* *Edgar Bonjour, Geschichte der schweizerischen Neutralität, Band IV, 1939 bis 1965, Helbing und Lichtenhahn, Basel und Stuttgart 1970, 488 S. Leinen Fr. 38.—, Paperbach Fr. 25.—.*

der Historiker müsste schon aus Raumgründen den «Mut zur Lücke» aufbringen; ob dieser oder jener Umstand erwähnt oder nicht erwähnt werden soll, wird natürlich immer verschieden beurteilt werden.

Anerkennung für die Sozialdemokraten

Sensationen enthält das Buch von Bonjour nicht und soll es auch nicht. Vieles, was darin mit aller wünschenswerten Breite dargestellt ist, etwa über den Rütli-rapport des Generals oder gewisse defaitistische Memoranden von Militärs, kennt man schon aus anderen Veröffentlichungen; aber es ist wichtig, dass alles hier im grossen Zusammenhang wieder dargestellt wird. Dass die überwiegende Mehrheit des Schweizervolkes den faschistischen Mächten und Gedankengängen feindlich und ablehnend gegenüberstand, dass die amtliche Leisetreteri ihnen gegenüber von der Bevölkerung nicht gebilligt wurde, dass die «Erneuerer-Bewegung», so gefährlich sie war, sich nur auf einen verschwindenden Prozentsatz der Bevölkerung zu stützen vermochte, wird hier neuerlich unterstrichen. Aber man muss dem Verfasser dankbar sein, dass er gewisse Fakten des Abwehrwillens der Vergangenheit entreisst. So die Reaktion der «Neuen Zürcher Zeitung» auf den Kriegsausbruch. Die klassischen Worte: «Man kann die Augen vor der Tatsache nicht verschliessen, dass die Verantwortung für die europäische Katastrophe auf *einem Mann* liegt, der . . . mit Name und Vorname bezeichnet werden kann», versöhnen mit manchen anderen Dingen, die in den Spalten dieser Zeitung erschienen sind, auch wenn man die Unverblümtheit der Ausdrucksweise der «Berner Tagwacht» «Die Schuld liegt klar, Hitler ist der Angreifer» vorzieht. Es ist vielleicht das grösste Verdienst von Prof. Bonjour, dass er gerade, weil er so vollkommen objektiv und ohne Rücksicht auf rechts und links vorgeht, der *Leistung und den Verdiensten der schweizerischen Sozialdemokraten* im Zweiten Weltkrieg gerechter wird als manche andere Autoren. Von seiner objektiven Warte aus verurteilt er eindeutig, dass man die Arbeiterpartei nicht schon bei Kriegsausbruch in die Regierung des Landes herangezogen hatte:

«Es war nicht weitsichtig, in den stark geänderten Verhältnissen immer noch die ‚*unité gouvernementale*‘ der ‚*union sacrée*‘ vorzuziehen. Auch in anderen Staaten wurden jetzt bei der Regierungsbildung alle Kreise der Bevölkerung berücksichtigt. Man hatte damit zu rechnen, dass in naher Zukunft vom Schweizervolk noch weit grössere Opfer gefordert und ihm noch viel schwerere Lasten auferlegt werden müssten. Diese wären aber von der arbeitenden Klasse williger übernommen worden, wenn ihre eigenen Vertreter in der Regierung sie ihnen als unvermeidlich zur Annahme empfohlen hätten. Mobilisation und Teuerung belasteten die Arbeiterfamilien besonders stark. Diese erwarteten, dass die Behörden die Kriegslasten gerecht verteilen und eine tatsächliche Solidarität aller Volksschichten schaffen würden. Bisher war von den Arbeitern der soziale Frieden gewahrt und jedes Opfer für die Abwehr der nationalsozialistischen Bedrohung gebracht worden. Eine Konzentration aller Kräfte des Volkes, aller Schichten und Parteien im Bundesrat hätte in diesen

Zeiten wachsender äusserer Gefahr das Vertrauen des ganzen Landes in seine Regierung gestärkt und vielleicht manche Krise vermeiden helfen.»

Ausgezeichnet charakterisiert er auch die Haltung der sozialdemokratischen Presse:

«Die sozialdemokratische Presse kritisierte von Anfang an und durchweg die bundesrätliche Rede (Pilet-Golaz' anpasserische Ansprache im Rundfunk vom 25. Juni 1940). Zwar legte sich die ‚Sentinelle‘ noch Zurückhaltung auf und wollte den Steuermann des Staatsschiffes während der Sturmfahrt schonen; sein Appetit nach Autorität und seine anmassenden Erklärungen sollten erst hingenommen werden, wenn das Schiff gerettet wäre. Aber das ‚Volksrecht‘ erklärte unumwunden, man wolle keinen Bundesrat, der über das Parlament hinweg oder gar unter Missachtung der Rechte des Parlaments regiere. In ominöser Anspielung auf dunkle Epochen der vaterländischen Vergangenheit schrieb das Blatt: ‚Es gibt auch heute kein helvetisches Direktorium, ohne dass ihm die vom Ausland aufgebürdete Mediation folgen würde.‘ Die ‚Tagwacht‘ gar warf sich den bundesrätlichen Tendenzen mit voller Wucht entgegen: einige Ausdrücke gegen den Schluss der Radioansprache stammten nicht aus einem schweizerischen Wörterbuch. Sollten sie bedeuten, dass der Bundesrat in Zukunft autoritär, das heisst ohne Parlament und Volk, regieren wolle, so werde man ihn daran erinnern müssen, dass er den Eid abgelegt habe auf die demokratische Bundesverfassung. Die Arbeiterschaft sei bereit, das Letzte einzusetzen zur Verteidigung der freien schweizerischen Demokratie, aber nur für diese. Es wäre ein verhängnisvoller Trugschluss, zu glauben, mit allerhand Anpassungen könnte die Unabhängigkeit der Schweiz besser gewahrt werden. Demokratie und Unabhängigkeit seien für die Schweiz unlösbar miteinander verbunden. Die Schweiz werde frei und demokratisch sein, oder sie werde nicht sein.»

Auf sozialistischer Seite hat man bei allen Bekenntnissen zur Neutralität doch darauf gesehen, dass die Sympathien nicht verleugnet würden, die der Schweiz angemessen sind und dem Fühlen der Menschen entsprechen. Es ist zum Beispiel interessant, dass Leonhard *Ragaz* in einem öffentlichen Vortrag erklärt hat, «die Schweiz gehöre auf Seite der Angelsachsen, die jetzt für sie kämpften und sie retten würden. Ihnen gegenüber hat die Neutralität keinen Sinn». Auch aus dem Nationalrat verzeichnet Bonjour kraftvolle sozialdemokratische Stimmen, wie man die Neutralität auffassen müsse. Robert *Bratschi* hat sich nicht gescheut, auszusprechen, dass das Bestehen und die Unabhängigkeit der Schweiz nicht von England bedroht würden, sondern von ganz anderswoher. Johannes *Huber* warnte vor einem Abbruch der Beziehungen zu England und Fritz *Hauser* empörte sich dagegen, dass man sich dem Dritten Reich anzupassen suche. Äusserungen von Robert *Grimm*, Hans *Oprecht* und anderen sozialdemokratischen Funktionären finden sich reichlich in dem Buch von Bonjour. Auch die kämpferische Haltung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes wird verzeichnet.

Grundsätzliches zur Frage: Widerstand oder Anpassung?

Bei all seiner Objektivität scheut sich der Autor nicht, seine grundsätzliche Anschauung zu der Streitfrage darzulegen, ob man dem wohl allseits gewünschten Ziel, die Schweiz zu retten, besser durch Bekundungen des Widerstandswillens oder durch Bereitschaft zur Anpassung hätte dienen können. Ausgezeichnet charakterisiert er die Situation nach dem Fall Frankreichs:

«Die militärpolitische und wirtschaftspolitische Lage des Landes war tatsächlich beängstigend. Viele Schweizer . . . fürchteten, dass jede weitere Beleidigung des siegreichen nazistischen Deutschland schlimmste Reaktionen, sogenannte Kurzschluss-handlungen des aufbrausenden, unberechenbaren Hitler zeitigen könnte. Man sprach gerüchtweise von einer Spezialmappe, worin der Führer ausfällige Artikel von Schweizer Zeitungen für den Ernstfall aufbewahrte. Dabei übersah man völlig, dass *nicht Gefühlswallungen*, sondern *nüchterne, strategisch-politische Erwägungen* für so wichtige Aktionen wie einen militärischen Angriff auf die Schweiz den Ausschlag gaben. Weite Volksschichten, besonders Militärkreise, wünschten eine Zügelung der Presseäusserungen . . . »

Überraschung über Guisan

Am meisten hat das Buch von Bonjour dadurch Aufmerksamkeit erregt, dass es der allgemein vertretenen Annahme, General *Guisan* sei immer und unter allen Umständen ein Mann des Widerstandes gewesen, widersprach. Aber an der Authentizität der von Bonjour ans Tageslicht gebrachten Fakten kann nicht gezweifelt werden. Nach der Rütlirede vom 25. Juli 1940 hatte Guisan offenbar Angst vor dem eigenen Mut bekommen und er schrieb an den damaligen Chef des Militärdepartementes, Rudolf Minger, einen Brief, der nicht mehr und nicht weniger vorschlägt als einen Sonderbotschafter nach Berlin zu entsenden, «pour tenter un apaisement et instituer une collaboration»². Guisan hatte zweifellos recht, wenn er sagte, dass der damalige schweizerische Gesandte in Berlin, Hans *Frölicher*, nicht die richtige Person war, um Verhandlungen zu führen. Frölicher war, wie seit jeher bekannt und wie Bonjour nachher bestätigt, nicht nur ein Defaitist und vom Endsieg Deutschlands und der Notwendigkeit überzeugt, dass sich die Schweiz dieser Erwartung anzupassen habe, sondern er war auch mit all den Defaitisten und «Erneuerern» in der Schweiz in Verbindung. Aber der Mann, den Guisan als Sonderbotschafter vorgeschlagen hatte, nämlich Dr. Carl Jacob *Burckhardt*, wäre auch nicht der geeignete Vertreter schweizerischer Interessen Hitler gegenüber gewesen, denn er hatte sich als Völkerbundskommissar in Danzig in einer Weise zugunsten des Dritten Reiches exponiert, die ihn bei aller Anerkennung seiner sonstigen Verdienste, vor allem in bezug auf das Internationale Rote Kreuz, für die ihm in diesem Rahmen zu-

² Guisan an Minger, AHQ 14. Aug. 1940.

gedachte Rolle disqualifizierte. Am 9. November 1940 unternahm Guisan dann einen zweiten Schritt, und zwar direkt beim Vorsteher des Politischen Departements, Pilet-Golaz, um die Entsendung Burckhardts zu dieser zweifelhaften Mission in Berlin zu erwirken. Er hatte dabei die Naivität, zu sagen, das Internationale Rote Kreuz sei eine «institution estimée du chancelier Hitler». Zum Glück wurde nichts aus diesem Vorschlag; er fand sogar bei dem im allgemeinen und besonders damals sehr anpassungsfreudigen Pilet-Golaz keine Gegenliebe. Man hat Guisan in dieser Sache damit zu entschuldigen versucht, dass man erklärte, der General sei hier Einflüsterungen erlegen, und die Briefe seien gar nicht von ihm selbst verfasst worden. Bonjour nimmt an, dass Oberst Masson der Initiator dieser Aktion war. Das mag stimmen; die Sache ist zweifellos nicht dem Kopf des Generals entsprungen. Aber er war andererseits nicht der Mann, blind zu unterschreiben, was ihm jemand anderer vorsetzte. An der Tatsache, dass Guisan ein Zentrum des Widerstandes gegen jede Anpassung an die sogenannten Gegebenheiten war, ändert dieses sein Fehlurteil nichts.

Bonjour über die schweizerische Diplomatie

In dem vorliegenden Band hält sich der Verfasser noch von einem Endurteil über die zentrale Taktik des Leiters der schweizerischen Aussenpolitik, Marcel *Pilet-Golaz*, der nach dem Tode Mottas im März 1940 das Politische Departement übernahm, zurück und beschränkt sich auf die Feststellung, dass dieser mindestens bis 1942 an den deutschen Endsieg geglaubt und sich dementsprechend verhalten hatte. Er stellt zugleich fest, dass es dem «Gesamtbundesrat» in der Kriegszeit nicht an Mut zur Wahrung der Lebensinteressen gefehlt hat und dass er nicht im üblen Sinn anpassungswillig gewesen war – womit offenbar gesagt werden soll, dass die Einstellung von Pilet-Golaz im Bundesrat nicht unbestritten blieb. Aber Bonjour macht bemerkenswerte Mitteilungen über die Haltung der einzelnen Schweizer Diplomaten; sein zusammenfassendes Urteil über Frölicher lautet:

«Aus seiner Geschäftsführung spricht der reichlich naive Glaube, die kleine Schweiz könne durch möglichstes Entgegenkommen und leises Auftreten den Furor des Führers besänftigen oder zum mindesten von sich ablenken. Er liess, so scheint es, die Vorteile der Neutralität zu wenig vor den deutschen Amtsstellen leuchten. Vom Endsieg Hitlers überzeugt, sah er das Heil seiner Heimat in einer klugen Anpassung an die vom Dritten Reich erstrebte Neuordnung Europas, in der sich die Schweiz durch rechtzeitiges Nachgeben eine vorteilhafte Stellung wahren könne. Frölicher hat die Lügenhaftigkeit des Systems nicht durchschaut, die Dämonie des Nationalsozialismus und seine Gefährlichkeit für die Unabhängigkeit der Schweiz nicht erkannt. Sein Optimismus erscheint auch da als unzerstörbar, wo durch dunkle Anzeichen einfachere Geister als er zur Vorsicht und zum Zweifel gemahnt wurden. ...

Dass sein Urteil all die Jahre hindurch im Bundeshaus so schwer wog, dass er trotz seinen Fehlprognosen sich auf dem überaus wichtigen Posten unentwegt halten konnte, zeigt deutlich, wie weit leitende Stellen im Politischen Departement seine Ansicht teilten.»

Es ist nahezu unglaublich, dass Frölicher nach Anhören der Reichstagsrede Hitlers vom 1. September 1939, in der die Invasion Polens verkündet wurde, einem Landsmann zurief: «So, Herr Hauptmann, Sie Pessimist, haben Sie jetzt gesehen, es ist doch nicht zum Krieg gekommen!» Dieser Gesprächspartner hat dann darüber gesagt: «So war denn am 1. September 1939 inmitten der Reichshauptstadt der schweizerische Gesandte wahrscheinlich der einzige Diplomat, der noch nicht wusste, dass der Zweite Weltkrieg bereits ausgebrochen war.» Aber Frölicher war in Berlin nicht allein; der Geschäftsträger Franz *Kappeler* hat zum Beispiel den Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffs-Vertrages 1939 nicht als auslösendes Moment für Hitlers Angriff auf Polen, sondern als eine «Garantie des Friedens» betrachtet und in diesem Sinn Bern informiert.

Ganz anders war der Schweizer Gesandte in Italien, Paul *Rüegger*, der in keiner Situation zum Nachgeben bereit war und Bern immer wieder zu einer entschiedenen Haltung mahnte. Aber man wollte auf seine Mahnungen im Politischen Departement nicht eingehen. Minister Bonna (im Politischen Departement) wandte sich entschieden gegen die Berücksichtigung von Rüeggers Vorschlägen und meinte, man solle die «gemässigten Elemente» in Italien nicht durch Polemiken stören. Welch groteske Verkennung der wahren Situation!

Die polnische diplomatische Vertretung

Man kann kaum etwas dagegen einwenden, dass der Bundesrat die tschechoslowakische Gesandtschaft in Bern nach dem 15. März 1939, das heisst nach der Besetzung von Prag, geschlossen hat, obwohl andere Staaten die Besetzung von Böhmen und Mähren nicht anerkannten und tschechoslowakische diplomatische Vertretungen weiter in ihren Ländern duldeten. In ihrer exponierten Stellung hätte sich die Schweiz das wohl nicht leisten können, aber trotzdem war es kaum notwendig, die von Hitlers Gnaden errichtete «unabhängige» Slowakei sofort nicht nur de facto, sondern auch de jure anzuerkennen, was damals nur Länder unter dem direkten Kommando des Dritten Reiches taten. Immerhin muss positiv gewertet werden, dass die Schweiz trotz allem deutschen Druck den ganzen Krieg über eine polnische Gesandtschaft in Bern aufrechterhielt. Polen war 1939 gemeinsam von Deutschland und der Sowjetunion überrannt worden, und die Deutschen behaupteten, Polen habe zu existieren aufgehört und die polnische Exilregierung, die sich zuerst in Angers in Frankreich und dann in London niederliess, sei nur eine «sogenannte» Regierung. Die Frage wurde akut, als 1940 der bisherige polnische Gesandte in Bern

durch einen anderen ersetzt werden sollte, dessen Beglaubigungsschreiben von der Exilregierung hergerührt hätte. Man verhielt sich hier sehr zweideutig, schickte den bisherigen Schweizer Gesandten in Warschau nicht nach Angers zur Exilregierung, sondern hielt ihn in Bern, berief ihn also nicht formell ab; wollte aber auch nicht einen neuen, von der Exilregierung kommenden Gesandten mit der üblichen Feierlichkeit in Bern installieren, um so mehr als von deutscher Seite gegen ein solches Vorhaben protestiert wurde. So griff man schliesslich zu dem nicht sehr ehrenvollen Ausweg, den Emissär der Exilregierung als Geschäftsträger mit dem Titel eines bevollmächtigten Ministers zuzulassen. (Geschäftsträger sind nicht offiziell beglaubigt.) So wenig vorbildlich diese Lösung auch sein mag, hat man doch hier nicht nur dem deutschen Druck, sondern auch dem Druck des eigenen Gesandten Frölicher widerstanden, der mit der polnischen auch die norwegische Gesandtschaft aufgelöst sehen wollte. Alle von Hitler im Krieg besetzten Staaten, die bis dahin diplomatische Vertretungen in Bern hatten, konnten sie den ganzen Krieg hindurch beibehalten. Im Falle des polnischen Gesandten hat allerdings Professor Bonjour seine sonst beobachtete Objektivität ein wenig verlassen, wenn er ihm «Wühlereien bei den polnischen Internierten» nachsagte, ohne zu erklären, worum es sich handelte, und ihm «schroffes, aufdringliches Benehmen gegenüber den schweizerischen Behörden» vorwirft. Letzteres mag stimmen (Beweise werden allerdings dafür nicht vorgelegt), aber schroffer und aufdringlicher als der deutsche Gesandte Köcher konnte niemand in Bern aufgetreten sein.

So viel zum ersten, der Kriegszeit gewidmeten Band des grossen Werkes von Bonjour. Später werden wir uns mit den folgenden zwei Bänden befassen müssen und dann ein allgemeines Urteil fällen. Aber schon heute kann folgendes gesagt werden: Insbesondere die veröffentlichten Dokumente aus deutschen Quellen enthalten eine Reihe von Angaben, die Schweizer Diplomaten und Politiker in einem zweideutigen und manchmal sogar üblen Licht erscheinen lassen. Vieles davon mag einfach unbegründet sein; die einzig richtige Antwort wäre aber gewesen, den Berichten aus deutschen Quellen über die betreffenden Unterredungen die Aufzeichnungen gegenüberzustellen, die die betreffenden Schweizer damals selbst zu Papier gebracht haben. Nehmen wir ein konkretes Beispiel: Am 21. Oktober 1943 berichtet der deutsche Gesandte Köcher nach Berlin über eine Unterredung mit Bundesrat Pilet-Golaz:

«Bundesrat Pilet-Golaz unterstrich mir gegenüber, dass die Sympathien für das deutsche Volk in der Schweiz angesichts der schweren Prüfungen, die wir durchzustehen hätten, zweifellos grösser geworden seien. Unsere Feinde hätten sich nachgerade Siegerallüren angewöhnt, die sich stimmungsgemäss gegen sie geltend machten. Man müsse auf deutscher Seite nicht allzuviel Wert auf die Schreibweise von Blättern wie ‚Weltwoche‘ und ‚Nation‘ legen, die wohl eine Parteimeinung, aber keineswegs die Auffassung des Schweizer Volkes zum Ausdruck brächten.»

Ob sich Pilet-Golaz wirklich in diesem Sinn geäußert hat, könnte man nur durch die Gegenüberstellung seiner eigenen Aufzeichnungen über die Unterredung mit der von Köcher feststellen. Die Aufgabe wäre also gewesen, die betreffenden Dokumente aus Schweizer Archiven vollinhaltlich zu veröffentlichen – eine Aufgabe, die wesentlich von der abweicht, die man Professor Bonjour gestellt hat, dessen grosse und in vielen Richtungen vorbildliche Leistung deswegen natürlich nicht geringer eingeschätzt werden soll.

Rolf Reventlow

Deutsche Nationalprobleme

Die genaue Definition des nationalen Lebensbereichs und der staatlichen Abgrenzung Deutschlands ist seit dem Zerfall des absolutistisch verwalteten Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation umstritten geblieben. Das deutsche Nationalbewusstsein entwickelte sich in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts zuerst als demokratische, im Gegensatz zur Macht der kleinen und grossen Fürsten stehende Bewegung und orientierte sich – Elsass-Lothringen und die deutsche Schweiz bildeten auf Grund ihrer eigenen staatlichen Entwicklung oder Zugehörigkeit eine Ausnahme – am Sprachbereich. Diese Strömung stand allerdings im Widerspruch zur Tatsache, dass dieser Sprachbereich in Österreich wie im östlichen Preussen schwer abgrenzbar war und die Deutschen in gemischt-sprachigen Gebieten und ganz allgemein in der Staatsverwaltung als die bestimmende Herrennation auftraten. Vom Standpunkt einer sozialistisch-theoretischen Ergründung der nationalen Probleme beschäftigten sich nur die Sozialdemokraten der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie mit solchen und damit auch mit der Frage der deutschen Nation¹. Nach dem Zerfall dieses Staatsgebildes zu Ende des Ersten Weltkrieges ergaben sich starke emotionelle nationalpolitische Ressentiments durch die Einbeziehung der «Sudetendeutschen» in die auf den historischen Raum Böhmen und Mähren bezogene Tschechoslowakische Republik und die Weigerung der Siegermächte, dem deutschsprachigen Rest-Österreich den Anschluss an

¹ Eine grundlegende theoretische Abhandlung der Nationalitätenfrage war: Otto Bauer, «Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie», Wien 1907. Karl Renner veröffentlichte zum gleichen Thema, mehr auf die Praxis des Vielvölkerstaates Österreich-Ungarn bezogen, schon 1902 unter dem Pseudonym: «Der Kampf der österreichischen Nationen um den Staat».